

Pressemitteilung

Saarlouis, 30.03.26

Pressemitteilung: Schulen im Blindflug - Medienausleihe ohne klare Richtung

Wie die Saarbrücker Zeitung berichtete, sorgt die Einführung der landesweiten systematischen Medienausleihe (LSMS) ab dem Schuljahr 2026/27 für massive Verunsicherung an saarländischen Schulen – insbesondere aufgrund widersprüchlicher und nachträglich relativierter Informationen aus dem Bildungsministerium. Ausgangspunkt ist ein Schreiben an Schulen und Eltern, in dem für den Fall einer Nicht-Teilnahme an der LSMS deutlich gemacht wurde, dass weder Tablets noch Lernmittel zur Verfügung gestellt würden. Diese Darstellung erzeugte erheblichen Druck auf die Schulen, sich dem System anzuschließen. Kurz darauf erklärte das Ministerium gegenüber der Presse jedoch, die Schulträger seien weiterhin verpflichtet, die Lernmittel bereitzustellen – eine Aussage, die der zuvor vermittelten Konsequenz widerspricht.

Inzwischen hat das Ministerium seine Kommunikation teilweise korrigiert und betont, dass Schulen bei Nicht-Teilnahme lediglich keine Mittel aus der LSMS erhalten. Doch zentrale Fragen bleiben weiterhin unbeantwortet: Was bedeutet das konkret für die Versorgung mit Schulbüchern? Welche Rolle übernehmen die Schulträger? Wer kommt für digitale Endgeräte auf – und was geschieht mit bereits ausgegebenen Tablets?

„Die Kommunikation des Ministeriums ist nicht nur unklar, sondern befremdlich. Schulen sollen weitreichende Entscheidungen treffen, ohne die tatsächlichen Konsequenzen zu kennen“, kritisiert Dominik Schwer, Vorsitzender des SLLV. *„So kann keine verantwortungsvolle Beschlussfassung gelingen.“*

Gerade weil Schulkonferenzen als demokratische Gremien über die Frage der Teilnahme an der LSMS entscheiden müssen, wiegt die unklare Informationslage besonders schwer. Ohne verlässliche Grundlagen wird demokratische Mitbestimmung ausgehöhlt. Hinzu kommt der enorme Zeitdruck: Innerhalb weniger Wochen sollen Schulen grundlegende Entscheidungen treffen – ohne vollständige Informationen, ohne klare Abläufe und ohne Planungssicherheit.

Der SLLV fordert daher:

- eine **umgehende, vollständige und widerspruchsfreie Aufklärung** durch das Bildungsministerium,
- eine **detaillierte Darstellung aller Abläufe und Konsequenzen** im Falle einer Nicht-Teilnahme (inklusive Regelungen zu Lehrmitteln, Tablets und Zuständigkeiten der Schulträger),
- sowie **ausreichend Zeit**, damit Schulkonferenzen auf einer verlässlichen Grundlage entscheiden können.

„Wer Entscheidungen verlangt, muss auch die Konsequenzen offenlegen. Alles andere untergräbt Vertrauen, demokratische Prozesse – und am Ende unseres Schulsystems“, so Dominik Schwer abschließend.

Landesgeschäftsstelle

Lisdorfer Straße 21b

66740 Saarlouis

T. + 49 6831 - 4 94 40

F. + 49 6831 - 4 66 01

info@sllv.de

www.sllv.de

Mitglied im

dbb beamtenbund

und tarifunion saar